

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Sächsische Bundesratsinitiative zur Einführung des 8. Mai als Tag der Befreiung als bundesweiten nationalen Gedenktag

Der Landtag möge beschließen,

die Staatsregierung wird aufgefordert:

im Bundesrat eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel einzubringen, den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung als bundesweiten nationalen Gedenktag im Rahmen der ungeschriebenen Gesetzgebungskompetenz des Bundes einzuführen und durch den Bundespräsidenten öffentlich zu proklamieren.

Begründung:

Fünfundsiebzig Jahre nach der Befreiung der Deutschen „von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ (Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker) breitet sich in der Bundesrepublik der „Saatboden für einen neuen Faschismus“ (Jürgen Habermas) aus.

Angesichts einer massiven Abwehrhaltung gegenüber geflüchteten Menschen, der Zunahme rechtsradikaler und rassistischer Einstellungen von Menschen sowie einer damit einhergehenden hohen Gewaltbereitschaft könnte ein bundesweiter nationaler Gedenktag zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges und an die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft einen Beitrag für die Stärkung einer demokratischen politischen Kultur in Sachsen und der Bundesrepublik leisten.

Dresden, den 4. Mai 2020

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Es ist daher höchste Zeit, ein Ereignis von so herausragender historischer Bedeutung angemessen zu würdigen und ihm den Status eines nationalen Gedenktages zu verleihen.

In ihrer Stellungnahme zum Antrag der antragstellenden Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Würdiges Gedenken an den 75. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft ermöglichen!“ (Drs 7/ 894), erklärte die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus u. a.:

„Den 8. Mai zu einem regional begrenzten Gedenktag zu erklären, wird nicht seiner historischen Bedeutung gerecht, da die Befreiung vom nationalsozialistischen Unrechtsregime für Gesamtdeutschland erfolgte und somit auch ein entsprechender Gedenktag deutschlandweit Geltung haben muss. Für eine deutschlandweite Regelung ist jedoch der Deutsche Bundestag zuständig.“

Diesen konstruktiven Vorschlag der zuständigen Staatsministerin aufgreifend, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Bundesrat tätig zu werden und eine entsprechende Gesetzesinitiative einzubringen, damit der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung als ein weiterer nationaler Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wird, um damit – wie von der Staatsministerin festgestellt – seiner historischen Bedeutung gerecht zu werden und diesem Tag eine ihm gebührende bundesweite Geltung zu verschaffen.